

Nächster Akt im Staatsopernskandal

Untersuchungsausschuss des Berliner Parlaments wird am Freitag erste Zeugen vernehmen

Im Schatten des Debakels um den Flughafen BER spielt sich in Berlin seit einiger Zeit ein weiterer Bauskandal ab. Es geht um die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden. Das 1742 zum ersten Mal in Betrieb genommene Opernhaus war im Lauf seiner Geschichte mehrmals umgestaltet worden, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es nach Plänen des Architekten Richard Paulick wiederaufgebaut. Bereits vor rund 15 Jahren setzten die ersten Überlegungen zu einer Generalsanierung ein. Begonnen wurde mit den Maßnahmen schließlich im Jahr 2010. Geplant waren ursprünglich Gesamtkosten von 239 Millionen Euro. Der Bund sicherte vertraglich zu, sich mit 200 Millionen zu beteiligen, weitere 30 Millionen wollte der »Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper Unter den Linden« unter seinem damaligen Vorsitzenden, dem inzwischen verstorbenen Unternehmer Peter Dussmann, beisteuern. Lediglich neun Millionen sollte das Land Berlin aufbringen.

Mittlerweile haben sich die veranschlagten Kosten jedoch auf rund 400 Millionen Euro erhöht. Dass es bei dieser Summe bleiben wird, darf getrost bezweifelt werden. Denn angeblich Unvorhergesehenes kann bei der Arbeit an einem solch alten Gebäude immer wieder passieren, wie der Senat nicht müde wird zu betonen, wenn er die aktuellen Kostensteigerungen begründet. Und diese hat Berlin nahezu vollständig zu tragen. Denn der Bund hat seine Beteiligung auf besagte 200 Millionen Euro begrenzt. Und der Förderverein ist mittlerweile von seiner großspurigen Ankündigung abgerückt und beteiligt sich lediglich mit 2,5 Millionen Euro. Weitere 1,6 Millionen sollen Ende 2016 überwiesen werden. Die Wiedereröffnung der Oper sollte ursprünglich schon im Jahr 2013 stattfinden. Mittlerweile wurde sie auf Herbst 2017 verschoben.

Ein Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses soll klären, wie es zu der von den Verantwortlichen angeblich nicht vorhergesehenen Kostensteigerung und zu den Verzögerungen kommen konnte. Schon zu Beginn dieses Jahres wurde über solch ein Gremium diskutiert, im Mai nahm es schließlich seine Arbeit auf. Doch bisher fanden lediglich Beratungssitzungen und eine Begehung der Opernbaustelle statt. Am Freitag sollen nun die ersten Zeugen vernommen werden. Die Ausschussarbeit dürfte sich vor allem um die Frage drehen, wie sachgerecht und plausibel die Sanierungsmaßnahmen geplant, umgesetzt und kontrolliert wurden. Erste Indizien wie zum Beispiel warnende Aussagen in frühen Baugrund- und Schadstoffgutachten legen den Verdacht nahe, dass die heute vom Senat als unvorhergesehen deklarierten Ereignisse so überraschend dann doch nicht kamen. Zu klären ist, auf wessen politische Maßgabe hin der Öffentlichkeit über Jahre hinweg weisgemacht wurde, Berlin bekäme ein generalsaniertes Opernhaus mit einer minimalen Eigenbeteiligung von neun Millionen Euro. Wie groß die Ernsthaftigkeit bei einzelnen Fraktionen ausgeprägt ist, wirklich etwas aufklären zu wollen, wird sich erst zeigen. Die SPD jedenfalls dürfte im für 2016 anstehenden Landtagswahlkampf kein gesteigertes Interesse daran haben, die Rolle ihrer Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, ihres ehemaligen Regierenden Bürgermeisters und zugleich Kultursenators Klaus Wowereit und ihres derzeitigen Bürgermeisters und ehemaligen Bausenators Michael Müller eingehender zu beleuchten. Und Vertreter von CDU und Grünen jammerten letzte Woche im Berliner Boulevardblättchen B.Z. über die große Menge der Akten, die die Abgeordneten zu lesen hätten. Dabei hatte der Ausschuss die Unterlagen selbst angefordert.

Als Zeuge geladen ist am Freitag zunächst der Architekt Gerhard Spangenberg, der schon 2001 in einem Gutachten auf mögliche Probleme hinwies, die sich aus der maroden

Bausubstanz des Hauses ergeben könnten. Und auch das ehemalige Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank, Tessen von Heydebreck, muss sich den Fragen der Parlamentarier stellen. Er hatte in seiner Funktion als Vorsitzender des Fördervereins und Nachfolger Dussmanns dessen Zusage über die Beteiligung mit 30 Millionen Euro zurückgenommen.

junge Welt v.08.09.2015